

SENEGAL

UTE GIERCZYNSKI-
BOCANDE

29. Juni 2011

www.kas.de/namibiawww.kas.de

Volksaufstand in Senegal

MASSENPROTESTE ZWINGEN REGIERUNG ZUR RÜCKNAHME EINES GESETZES-
ENTWURFS

Jasminduft nun auch in Dakar? Hat die Revolutionsdynamik des Maghreb die Sahara überquert? Der Volksaufstand in Senegal am 23. Juni scheint diese Vermutung zu bestätigen. Zehntausende Menschen protestierten in Dakar vor der Nationalversammlung. Tausende gingen auch in den Regionhauptstädten auf die Straße. Hunderte demonstrierten in Paris, Montreal und Washington vor den senegalesischen Botschaften.

„Das Volk erringt sein Recht“ - „Warnung!“ – „Die Jungen kündigen Wade“ – „Das Volk ist der Souverän“ – „Hände weg von unserem Grundgesetz“ – „Wades Niederlage“ – „Die Schande der Republik“: So titelten die senegalesischen Tageszeitungen am Tag nach den Unruhen am „schwarzen Donnerstag“. Gendarmerie und Polizei waren überfordert, der Einsatz von Tränengasbomben forderte mehr als 100 Verletzte, darunter viele Frauen und Jugendliche. Alioune Tine, ein bekannter Menschenrechtsaktivist kam schwer verletzt ins Krankenhaus. Viele harrten trotz Tränengas und Knüttelschlägen auf ihren Plätzen aus.

Auslöser der Demonstrationen und Massenproteste war ein Gesetzesvorschlag zu einer Verfassungsänderung, der am Morgen des 23. Juni 2011 von der Nationalversammlung verabschiedet werden sollte. Im Vorfeld der Wahlen im Februar 2012 wollte Präsident Wade bewirken, dass zum Sieg im ersten Wahlgang statt 50 Prozent nur noch 25 Prozent der Stimmen nötig wären.



Titel von Wal Fadji, 24. Juni 2011

Kurz vor den Wahlen 2012 befindet sich Senegals Präsident Wade und seine Regierung auf einem Tiefpunkt ihrer Popularität. Die Arbeitslosigkeit steigt permanent, die Armut wächst schleichend und führt zu erhöhter Aggressivität in der Bevölkerung, ebenso wie die permanenten Stromausfälle, die auch die Wirtschaft zeitweise lähmen. In diesem Kontext scheint eine Neuwahl des 85-jährigen Präsidenten unwahrscheinlich.

Verfassungsexperten streiten auch darüber, ob seine angekündigte erneute Kandidatur legitim ist, denn der Verfassungstext erlaubt nur zwei Präsidentschaftsmandate. Wade trat sein erstes Mandat allerdings vor dem Verfassungsreferendum an, das diese Klausel eingeführt hat, die in den Augen seiner Anhänger nicht rückwirkend sei.

Der Streit um die Neukandidatur Wades hatte bereits zuvor in Regierungskreisen eine Reflexion über einige grundlegende Dispositionen im Wahlgesetz ausgelöst. Mitte Juni legte Wade der Nationalversammlung schließlich einen Gesetzesentwurf vor, der von vielen Senegalesen als „Verfassungsstaatsstreich“ bezeichnet wurde. Er beinhaltet nicht nur, dass der Präsident im

ersten Wahlgang mit lediglich 25 Prozent der Stimmen gewählt werden könne und kein zweiter Wahlgang erforderlich sei. Der Gesetzesentwurf fordert auch, dass ein Präsidentschaftskandidat sich nur mit einem Vizepräsidentschaftskandidaten zur Wahl präsentieren könne.

Dieser Vorschlag führte in der senegalesischen Bevölkerung und vor allem in der politischen Klasse zu höchsten Irritationen. Die Führer der Oppositionsparteien und Leiter der zivilgesellschaftlichen Organisationen riefen zu Protesten auf. Selbst mehrere Parlamentarier der Regierungskoalition kritisierten den Gesetzesvorschlag und distanzieren sich in Wort und Schrift vom Präsidenten. Der Abgeordnete der kleinen Oppositionsfraktion und Präsidentschaftskandidat Cheikh Bamba Dieye vollzog zwei Tage vor dem geplanten Abstimmungstermin einen symbolischen Akt: Er kettete sich an den Gitterzaun vor der Nationalversammlung an, um auszudrücken, wie die Volksvertreter von der Exekutive „gefesselt“ und für ihre Zwecke eingespannt werden.



Foto aus [Agence de presse sénégalaise](http://Agence.de.presse.senegalaise)

Verfassungsänderungen, die mit der „automatischen Mehrheit“ (90 %) von Abgeordneten der Regierungskoalition verabschiedet wurden, sind keine Neuheit und keine Seltenheit in Senegal. In den nunmehr zehn Jahren der Wade-Regierungen mit einem „Durchlauf“ von ca. 150 ernannten und wieder entlassenen Ministern, wurden mehr als 20 Verfassungsänderungen „durchgewählt“. Der Doppelvorschlag vom Juni 2011 führte jedoch erstmals zu derart empörten Reaktionen, da er ganz offensichtlich auf einen unbegrenzten Machterhalt des Präsidenten Wade abzielte und dabei die Grundlage für

eine Art dynastischer Nachfolge für seinen Sohn vorbereitete. Dieser war bei den Lokalwahlen vor drei Jahren gescheitert, wurde daraufhin Minister eines „Super-Ministeriums“ und alles sieht danach aus, als sähe Wade ihn gerne als Nachfolger auf dem Präsidentensessel.

Menschenketten vor der Nationalversammlung

Als am 23. Juni der Gesetzesentwurf in der Nationalversammlung verabschiedet werden sollte, ergab sich ein noch nie da gewesenes Schauspiel. Eine überwältigende Mobilisierung der Bevölkerung in Dakar und in allen Regionalstädten hatte den senegalesischen Präsidenten zum Rückwärtsgang gezwungen. Am Vormittag zog die Regierung den ersten Teil des Vorschlags zurück, am Nachmittag den zweiten.



Foto aus Ferloo.com

Die Bevölkerung hat hiermit ihre politische Reife gezeigt. Die Proteste begannen als schweigende menschliche Mauer vor der Nationalversammlung. Tausende von jungen Leuten stellten sich friedlich in Reihen vor dem Parlamentsgebäude auf, hakten sich unter und sangen immer wieder die senegalesische Nationalhymne. Dies war eine musikalische Anklage der Abgeordneten, denen aus Gründen des politischen Machterhalts mangelnder Patriotismus und antidemokratische Handlungen vorgeworfen wurden.



Foto aus Ferloo.com

29. Juni 2011

www.kas.de/namibia

www.kas.de

Polizisten standen in voller Ausrüstung den singenden Demonstranten gegenüber, die ihnen Wasser und Kekse reichten. Die Jugendlichen vor dem Parlamentsgebäude folgten dem Beispiel der Jugendbewegung „Y en a marre“ (wir haben genug), die zu einem friedlichen Protest aufgerufen hatte. Die Gründer dieser Bewegung, vier bekannte Rapper, waren schon am Vortag „vorsorglich“ in Untersuchungshaft genommen worden. Unter dem Motto „Y en a marre“ oder „Dafa doy“ (es reicht) äußerten Sprechchöre ihre Frustration und Enttäuschung über den Versuch des Regimes, die Verfassung zu instrumentalisieren und die Legislative der Exekutive zu unterstellen.

Volkzorn und Einlenken der Regierung

Diese „Idylle“ dauerte allerdings nur die Zeit einer Rose – oder eines Jasmins – denn aus allen Teilen Dakars rückten aufgebrauchte Jugendliche nach und legten die großen Verkehrsachsen Dakars lahm, indem sie Reifen und teilweise Autos verbrannten.



Foto aus Ferloo.com

Ein Auslöser der Gewalt war der Auftritt des ehemaligen Ministers Farba Senghor, dessen Mittelsmänner in der Menschenmenge vor der Nationalversammlung die Vertreter der Oppositionsparteien tätlich angriffen. Der Volkzorn entlud sich in Angriffen auf das Domizil von Senghor, dessen Mobiliar wurde zerstört, mehrere seiner Fahrzeuge verbrannt. Auch die Häuser und Wagen anderer Wade treuen Politiker wurden angegriffen.

Die Stimmung in der Nationalversammlung, die seit dem frühen Morgen extrem kontrovers über den Gesetzesentwurf debattierte, und im Ministerrat, der wie jeden Donnerstag tagte, schlug um die Mittagszeit um.

Aus friedlichen „Sit-Ins“ und ruhigen Sprechchören war ein Flächenbrand geworden. In allen Vierteln Dakars kam es zu gewaltsamen Demonstrationen, die Polizei und Gendarmerie schauten in manchen Fällen zu, um nicht selber Ziel des Volkszorns zu werden.

Zahlreiche Minister zogen direkt nach dem Ministerrat in ein Renommierhotel in Flughafennähe zurück, in der Hoffnung, das Gewitter möge an ihnen vorbeiziehen. Um 17h zog schließlich die Regierung, auf dringende Anfrage des Fraktionsvorsitzenden der liberalen Partei PDS, den Gesetzesentwurf zurück.



Titelseite von Walf Grand Place vom 24.6.11

Bis die Information zu den Demonstranten durchgedrungen war, wurden noch weitere Autos verbrannt und den Staat symbolisierende Gebäude zerstört. In den Medien jedoch klang sofort der Triumph durch – „der Sieg des Volkes, der Sieg der Demokratie, der Sieg der Republik“, wie ein Radioreporter ausrief.

Einige Zeitungen führten am Folgetag das Nachgeben des Präsidenten und der Abgeordneten auf die Intervention von religiösen Führern zurück. Tatsächlich haben sich die Verantwortlichen einiger einflussreicher islamischer Bruderschaften mit der Bitte an die Regierung gewandt, den Gesetzesentwurf zurückzuziehen. Wade fürchtete zwar um seine Wahlchancen im nächsten Jahr, konnte sich aber nicht gegen seine Berater und vor allem die Abgeordneten durchsetzen. Er sandte sogar seinen Außenminister per Helikopter in die religiöse Hauptstadt Touba, um die Meinung des Khalifen einzuholen.

SENEGAL

UTE GIERCZYNSKI-
BOCANDE

29. Juni 2011

www.kas.de/namibia

www.kas.de

Wade gibt nicht auf

Die Verantwortlichen des Kollektivs der Oppositionsparteien „Benno“ gründeten am Tag nach den Revolten die „Bewegung vom 23. Juni zum Rücktritt von Präsidenten Wade“. Sie wollten scheinbar die begonnene Dynamik nutzen, um Wade zum Abtreten zu zwingen. Der Volkszorn entlädt sich einseitig jedoch aus anderen Anlässen.

Die andauernden und anhaltenden Stromausfälle und die Unfähigkeit der Regierung, das Problem der Elektrizitätsversorgung zu lösen, provozieren immer wieder Demonstrationen in den betroffenen Vierteln Dakars und einiger Regionalstädte. Am Wochenende nach dem Volksaufstand blieben einige Teile Dakars mehr als zwei Tage ohne Strom, was zu erneuten Revolten und Zerstörungen führte. Zum gleichen Zeitpunkt wurde ein Versammlungshaus der Zeugen Jehovas gestürmt und eine Bar von islamischen Fanatikern zerstört. Offensichtlich hat der Volksaufstand nicht nur die Regierung in die Enge getrieben, sondern auch eine Dynamik der Gewalt ausgelöst.

Auf Regierungsseite wird beschwichtigt. Innenminister Ousmane Ngom betonte die religiöse Toleranz der Bevölkerung Senegals und versprach den Gewalttätern abschreckende Strafen. Der Premierminister forderte die Regierung auf, sensibler auf die Stimmen des Volkes einzugehen. Einige Abgeordnete und sogar Minister der Regierungskoalition kritisieren offen den „nicht demokratischen Gesetzesentwurf“, der zum Debakel am 23. Juni geführt habe – und zur Desavouierung von Regierung und Nationalversammlung.

Wade allerdings gibt nicht auf. Er habe zwar das Gesetz zurück genommen, erhalte aber seine Präsidentschaftskandidatur aufrecht, meldeten regierungsnahen Medien. Die Rücktrittsforderungen an ihn und an seine Minister seien haltlos und er plane ein großes Meeting seiner Partei und Partisanen, um der Partei die Glaubwürdigkeit zurück zu geben.

Vor dem Hintergrund des Volksaufstandes scheint eine derartige Machtdemonstration

unangemessen und verdeutlicht die Willenskraft Wades und seiner Regierung zum Machterhalt.

Folgen für die demokratische Entwicklung

Die nächsten Monate werden entscheidend sein für Regierung und Opposition, ihre Glaubwürdigkeit zu beweisen. Wenn die Regierung erfahren sollte, dass die Nationalversammlung nicht mehr quasi geschlossen hinter ihr steht und zur Not die Bevölkerung mit Revoltehandlungen „nachhilft“, muss auch die Opposition sich einer Introspektive unterziehen.

Das Oppositionskollektiv konnte sich bis heute auf keinen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten einigen, mittlerweile haben mehr als 15 Personen ihre Kandidatur angekündigt. Die meisten sind Verantwortliche aus dem universitären Bereich und der Zivilgesellschaft, haben allerdings keine breite politische Basis.

Welche Auswirkung kann in diesem Zusammenhang dem Volksaufstand vom letzten Donnerstag zugeschrieben werden?



Titel Le Soleil vom 24.6.11

Hat die Bevölkerung die Regierung in die Knie gezwungen? Wenn auch der Terminus Revolution nicht genau den Kontext trifft, so ist doch offensichtlich, dass die Revolte zu einer Revolution des Bewusstseins der Bevölkerung geführt hat.

Im Jahre 2000 erlebten die senegalesischen Wähler, dass ihre Stimme Gewicht hat und sie ein vierzigjähriges Regime in friedlichen und transparenten Wahlen abwählen konnten. Elf Jahre später haben Regierung und Abgeordnete erfahren, dass die Bevölkerung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

UTE GIERCZYNSKI-
BOCANDE

ihre Aktionen und Intentionen kontrolliert und auf Mangel an demokratischen Initiativen reagiert. Diese Erfahrungen sind ausschlaggebend für den Wahlprozess im nächsten Jahr.

29. Juni 2011

www.kas.de/namibia

www.kas.de